

Ausschuss Kunst und Kultur

- TOP 4.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Thema „Verbleib von Kunstwerken“
- TOP 11.9 die Mitteilung „Archäologische Zone/Jüdisches Museum - Sachstandsbericht Grabungsablauf“

Betriebsausschuss Bühnen

- TOP 2.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verwendung der Gelder für Tanzgastspiele in den Spielzeiten 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013"
- TOP 2.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Zukunft der Sparte "Tanz" in Köln"
- TOP 6.1 Monatsbericht Mai zur „Sanierung Bühnen Köln“
- TOP 6.2 Statusbericht zum Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Wirtschaftsplan 2011/2012

Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

- TOP 4.3 Beschlussvorlage „Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud“

Er weist darauf hin, dass die Vorlage erst am heutigen Tag vom Oberbürgermeister schlussgezeichnet worden sei.

Zum Ablauf der Tagesordnung schlägt er vor, die Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Verhandlungen zu einer Kooperation beim Betrieb der Archäologischen Zone“ gemeinsam mit der Mitteilung „Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln - Berichterstattung über die Verhandlung mit dem LVR“ zu behandeln.

Abschließend bittet er den Ausschuss Kunst und Kultur dem Direktor des Kölnischen Kunstvereins, Herrn Søren Grammel, den Vertreterinnen des KinoAktiv e.V., Frau Margot Schmidt-Reichart und Frau Silke Rübiger, sowie Herrn Ralf Christoph von c/o pop das Rederecht zu erteilen.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Vorstellung des Direktors des Kölnischen Kunstvereins, Herrn Soren Grammel

2.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Film
2216/2012

2.3 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Populärmusik
2260/2012

3 Kulturbauten

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Entwicklungsbericht über das Immobilienportfolio der Gebäudewirtschaft
Nachfrage von Herrn Dr. Soénus aus der Sitzung am 24.04.2012, TOP 12.1
1987/2012

4.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Heinemann, sachverständiger Bürger für die
Denkmalpflege, aus der Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom
24.04.2012.
hier: Bebauung des unter Denkmalschutz stehenden Römerkastells in Deutz
2015/2012

4.3 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Förderung der freien
Filmkulturszene" (AN/0542/2012) aus der Sitzung des Ausschusses Kunst
und Kultur vom 24.04.2012
2052/2012

4.4 Verbleib von Kunstwerken
2315/2012

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage von RM Zimmermann (DEINE FREUNDE) betreffend "Freistaat Odo-
nien"
AN/0730/2012

Beantwortung der Anfrage von RM Thor Zimmermann betreffend "Freistaat Odonien" (AN/0730/2012)
2208/2012

5.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Verhandlungen zu einer Kooperation beim Betrieb der Archäologischen Zone"
AN/0973/2012

5.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek"
AN/0978/2012

5.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kulturwirtschaftsbericht für Köln"
AN/0981/2012

5.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Denkmal zur Erinnerung an den Einsturz des Historisches Archivs"
AN/0753/2012

6 Schriftliche Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Natursteinrestaurierung des Bismarckturms, Bayenthalgürtel o.Nr., Köln-Marienburg
1025/2012

7.2 Natursteinrestaurierung der mittelalterlichen Stadtmauer, Gereonswall 110, Köln-Neustadt/Nord
1028/2012

7.3 Roncalliplatz
hier: Antrag des Künstlers Luzius Ziermann, Mierendorffstr. 3, 60320 Frankfurt/Main auf Durchführung eine Kunstinstallation vom 15.08.2012 - 22.08.2012 (incl. Auf- und Abbaueiten vom 13.08.2012 - 23.08.2012) auf dem Roncalliplatz
1196/2012

7.4 Co-Finanzierung des Forschungsprojektes "Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln"
1724/2012

7.5 Rehabilitation der Katharina Henot und anderer Opfer von Hexenprozessen in Köln
1997/2012

- 7.6 KölnMusik GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff, Durchführung des Festivals "AchtBrücken für Köln" in den Jahren 2013 - 2015
1989/2012

8 Sonderausstellungen

- 8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellung der Museen - Fortschreibung
1169/2012

9 Annahme von Schenkungen

- 9.1 Annahme der Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch von Charles de Gaulle 05.September 1962
2248/2012

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 10.1 Sanierung RLT-Anlagen im Museum für ostasiatische Kunst
0459/2012
- 10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Beschaffung einer ACTApro Site-Lizenz (Unternehmenslizenz) für das Historische Archiv
1420/2012

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 4/2012
1446/2012
- 11.2 Diskussionen über die Errichtung eines DFB Campus in Köln
2202/2012
- 11.3 Ergebnisprotokoll der 8. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014 vom 24.5.2012
2209/2012
- 11.4 Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln - Berichterstattung über die Verhandlung mit dem LVR
2272/2012
- 11.5 Akademie der Künste der Welt
hier: Sachstandsbericht
2279/2012

- 11.6 Sanierung des Uferbereiches am Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz
hier: Sachstandsbericht
2047/2012
- 11.7 Denkmal Ma'alot
1943/2012
- 11.8 Neues Logo für das Römisch-Germanische Museum
2258/2012
- 11.9 Archäologische Zone/Jüdisches Museum - Sachstandsbericht Grabungsab-
lauf
2341/2012
- 12 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 14 Schwerpunktthemen**
- 15 Schriftliche Anfragen**
- 16 Schriftliche Anträge**
- 17 Allgemeine Vorlagen**
- 17.1 Vergabe des Erbbaurechtes für das Staatenhaus am Rheinpark (Messehallen
6-8) in einem wettbewerblichen Dialog
1863/2012
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Mitteilungen der Verwaltung**
- 19.1 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus, Vondelstraße 4-8, 50677
Köln
1739/2012
- 20 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verpflichtet Frau Krüger-Israel als Sachkundige Einwohnerin.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Vorstellung des Direktors des Kölnischen Kunstvereins, Herrn Soren Grammel

Der Direktor des Kölnischen Kunstvereins Grammel stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Wirken des Vereins dar.

RM Senol möchte wissen, wie viele Mitglieder mit Migrationshintergrund der Verein habe.

Frau van Duiven fragt ob das Atelierförderprogramm des Kölnischen Kunstvereins fortgeführt werde.

Herr Dr. Soénus merkt an, dass er sich eine positive Zusammenarbeit des Vereins mit den Kölner Galerien wünsche.

Herr Grammel macht darauf aufmerksam, dass im Gegensatz zum Kölnischen Kunstverein die Galerien privatwirtschaftlich orientiert seien. Er hält es für wichtig, dass man für das Finden neuer Kunst auch andere Instrumente und Konditionen schaffe. Dies dürfe nicht gegeneinander geschehen, sondern im Idealfall solle man parallel die Sache vorantreiben.

Zur Fortführung des Atelierförderprogramms erklärt er, dass es weiterhin zehn Atelierplätze im Kunstverein gebe und diese erst kürzlich verlängert worden seien.

Er führt aus, dass die im Kunstverein gezeigten und produzierten Künstler mit Migrationshintergrund sich im Vergleich zu deutschen Künstlern die Waage halten. Dies gelte auch für den Frauenanteil. Er betont, dass es hierfür keine Quote gebe, sondern im Bereich der zeitgenössischen Kunst einfach passiere.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für die Ausführungen und wünscht ihm für sein weiteres Vorhaben alles Gute.

2.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Film 2216/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verweist auf die angestrebten Ziele und möchte wissen, was man sich unter dem Begriff Profilierung eines identitätsstiftenden Ortes genau vorzustellen habe.

RM von Bülow fragt, wie die freie Filmkulturszene das Filmförderkonzept einschätze.

Die Vertreterin des KinoAktiv e.V. Frau Rübiger erklärt, dass die identitätsstiftenden Orte die in Köln durchgeführten Veranstaltungen seien. Sie nennt die Beispiele Filmfestivals, Soundtrack Cologne und Filmplus. Allerdings gebe es in Köln kaum Orte wo es möglich sei, parallel Filmvorführungen und gleichzeitig Workshops etc. anzubieten.

Die Vertreterin des KinoAktiv e.V. Frau Schmidt-Reichart erläutert, dass man grundsätzlich das Filmförderkonzept begrüße. Das Problem sei jedoch, dass die neuen Förderinstrumente für mehr als die Hälfte des Etats bindend seien. Dies gebe für einige Wenige zwar Planungssicherheit, aber für alle Anderen bedeute dies große Komplikationen, wenn es keine Erhöhung des Gesamtetats gebe. Im Übrigen hält sie es für wichtig, dass Film auch als Kunst begriffen werde.

Die Vertreterin des KinoAktiv e.V. Frau Rübiger fügt hinzu, dass viele Filminitiativen in Köln etwas präsentieren, was später auf großen Festivals Karriere mache. Sie macht darauf aufmerksam, dass NRW grundsätzlich eine breite Filmkulturszene habe und in Köln alle Initiativen geballt vertreten seien, die es sonst nur flächendeckend in NRW gebe. Sie hält dies übrigens für eine wichtige Ergänzung zur Fernsehstadt Köln.

Herr Dr. Gellner hebt hervor, dass die Förderkonzepte eigentlich positiv zu bewerten seien, räumt jedoch ein, dass durch die Konzeptionsförderung zwar Einige gut gestellt seien, aber die Masse für die Anderen noch kleiner werde. Dadurch drohe einigen Initiativen das Aus. Dies stelle, solange es nicht grundsätzlich bessere Finanzierungsmöglichkeiten gebe, ein Problem dar und deshalb greifen die Förderkonzepte nicht so, wie sie eigentlich angelegt seien.

RM Zimmermann fragt, ob die Chance bestehe aus anderen Töpfen Geld zu erhalten. Er nennt in diesem Zusammenhang den Bereich Medien- und Kreativwirtschaft und fragt, ob dieser überhaupt freie Filmkunst fördere. Zudem möchte er wissen, was unter der Verschränkung der Maßnahmen des Kulturamtes mit denen der Medien- bzw. Kreativwirtschaftsförderung zu verstehen sei.

Die Vertreterin des KinoAktiv e.V. Frau Rübiger berichtet, dass es für das Filmhaus und das Internationale Frauenfilmfestival Betriebskostenzuschüsse gegeben habe. Sie merkt weiter an, dass man durchaus auch sonstige Unterstützung, beispielsweise in Form von Sponsorengewinnung oder Netzwerken erhalten wolle.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern berichtet, dass das Filmkunstförderkonzept in Absprache und mit Ergänzungen auf Grund von Anregungen der Filmszene entstanden sei. Er macht zudem deutlich, dass sich die Förderung des Kulturamtes auf die Filmkunst beziehe und die Medienstabstelle die Filmwirtschaft als Gegenstand habe. Hier gebe es kaum Überlappungen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für die Beantwortung der Fragen. Sie hofft, dass sich das Filmkunstförderkonzept perspektivisch so weiterentwickelt, wie es vorgesehen sei. Sie hebt hervor, dass die Initiative -trotz der finanziellen Schwierigkeiten- auch in diesem Jahr die Filmnächte durchführe.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.3 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Populärmusik 2260/2012

RM von Bülow bemerkt, dass man in Köln eigentlich mehr aus dem Bereich Populärmusik wahrnehme, als dem Bericht zu entnehmen sei und fragt deshalb, was außer der c/o pop in Köln sonst noch passiere und wie es mit Proberäumen aussehe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass man sich darauf geeinigt habe, innerhalb der Vorstellung der einzelnen Sparten Schwerpunkte hervorzuheben.

Herr Dr. Soénus bemerkt, dass in dem Bericht keine Forderung enthalten sei und fragt deshalb nach, ob es in dem Bereich trotzdem Nachholbedarf gebe. Im Übrigen hebt er hervor, dass durch den Rockbeauftragten der Stadt Köln eine enorme Leistung für die Sparte erbracht worden sei.

RM Zimmermann bittet um eine Einschätzung bezüglich des Clubsterbens und zur Situation des „Kunst und Kulturfreistaates Odonien“.

Herr Christoph weist darauf hin, dass es außer dem c/o pop Festival beispielsweise noch die Cologne-Music-Week gebe, die bereits zum vierten Mal in Köln stattgefunden habe. Hierbei spiele die Unterstützung des Referates für Populärmusik im Kulturamt eine erhebliche Rolle.

Bezüglich des „Kunst und Kulturfreistaates Odonien“ erklärt er, dass es schwierig sei, dem Publikum den Verlust eines weiteren kulturell genutzten öffentlichen Raumes zu vermitteln. Dies werde seines Erachtens auf Dauer negative Folgen auf die alternative Kulturszene in Köln haben. Hier bestehe bereits jetzt ein Defizit gegenüber anderen Städten. Demnach sollte nach seiner Auffassung die Vermittlung zur Lösung solcher Probleme, wie jüngst die Geschehnisse rund um das Odonien, strukturell sensibler gehandhabt werden.

RM von Bülow erkundigt sich nach der Zukunft des Referates für Popkultur.

RM Zimmermann verweist auf den Zusammenschluss Klubkomm und fragt, ob es weitere Clubs gebe, die vor dem Aus stehen.

Herr Christoph berichtet, dass die Klubkomm einmal pro Woche tage und die Probleme der Betreiber, Promoter und Veranstalter in Köln behandle. Hierbei werde die Linie verfolgt, die Angelegenheiten dialogisch zu lösen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht noch einmal, dass seitens der c/o pop eine wichtige Arbeit geleistet worden sei.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass die Stelle des Referates für Populärmusik noch bis Ende des Jahres besetzt und intern ausgeschrieben worden sei. Allerdings sei stadintern für diese Position keine geeignete Person gefunden worden. Es werde nun verwaltungsintern über eine externe Ausschreibung abgestimmt. Im Übrigen halte er die Wiederbesetzung der Stelle für unerlässlich.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass das Referat für die Arbeit des Kulturamtes und der Weiterentwicklung der Popkultur wichtig sei. Schließlich sei die Populärmusik ein bedeutsamer Bestandteil der Musikstadt Köln. Im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur bedankt sie sich für den Bericht und wünscht dem Festival c/o pop viel Erfolg.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Kulturbauten

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**4.1 Entwicklungsbericht über das Immobilienportfolio der Gebäudewirtschaft
Nachfrage von Herrn Dr. Soénius aus der Sitzung am 24.04.2012, TOP
12.1
1987/2012**

Herr Dr. Soénius verweist auf einen Presseartikel dem zu entnehmen gewesen sei, dass das Kulturamt Räume für Veranstaltungen vermittelt. Vor diesem Hintergrund halte er die Beantwortung seiner Anfrage für unzureichend. Zumal sie keine konkreten Beispiele aufweise.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt dem zu und weist darauf hin, dass man Zwischenräume und Leerstände kulturell nutzen wolle.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass die Anfrage richtigerweise an das Immobilienportfolio der Gebäudewirtschaft gerichtet worden sei. Wenn man dieses Thema vertiefen wolle, müsse die Angelegenheit seines Erachtens im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft diskutiert werden.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Heinemann, sachverständiger Bürger für die Denkmalpflege, aus der Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 24.04.2012.
hier: Bebauung des unter Denkmalschutz stehenden Römerkastells in Deutz
2015/2012**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4.3 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Förderung der freien Filmkulturszene" (AN/0542/2012) aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 24.04.2012
2052/2012**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4.4 Verbleib von Kunstwerken
2315/2012**

Frau Brunn bittet darum, sich bei dem neuen Eigentümer des ehemaligen RTL-Geländes bzw. bei RTL selbst nach dem Verbleib der Kunstgegenstände zu erkundigen. Sie verweist außerdem darauf, dass im hinteren Teil des Geländes das Kloster zum guten Hirten gewesen sei und sich dort noch Gegenstände befänden. In diesem Zusammenhang möchte sie wissen, ob es die Forderung gebe, dies unter Denkmalschutz zu stellen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage von RM Zimmermann (DEINE FREUNDE) betreffend "Freistaat Odonien" AN/0730/2012

Beantwortung der Anfrage von RM Thor Zimmermann betreffend "Freistaat Odonien" (AN/0730/2012) 2208/2012

RM Zimmermann fragt nach dem momentan aktuellsten Stand der Dinge und möglichen Lösungsmöglichkeiten. Er möchte insbesondere wissen, ob die Stadt Köln Möglichkeiten habe, den Besitzer des benachbarten Betriebes zum Einlenken in dieser Angelegenheit zu bewegen.

Der Leiter des Bauaufsichtsamtes Fritz berichtet, dass für die Beteiligten die Gesamtentwicklung nicht überraschend sei. Es seien bereits mehrere Verfahren mit Herrn Rumpf erfolgreich abgeschlossen worden. Hierbei handelte es sich beispielsweise um die Genehmigung des Ateliers, eines Biergartens und einer Veranstaltungsstätte, so dass man im Rahmen von Kleinveranstaltungen bis zu 300 Personen entsprechende Genehmigungen erteilen konnte. Nach weiteren Verhandlungen habe man deutlich gemacht, dass es auf dem Gelände aus Sicherheitsgründen keine Veranstaltungen für über 1000 Personen geben dürfe. Mehr vertrage das Gelände wegen räumlichen Gegebenheiten nicht und deshalb müsse hierfür ein zweiter baulich unabhängiger Rettungsweg geschaffen werden. Allerdings sei momentan nur ein geteilter Fluchtweg möglich. Er weist darauf hin, dass es seitens der Stadt Köln keinerlei rechtliche Einflussmöglichkeiten auf den benachbarten Betrieb gebe. Es habe jedoch Vermittlungsversuche seitens des Bezirksbürgermeisters gegeben, die leider nicht erfolgreich gewesen seien. Er berichtet weiter, dass man momentan mit einem Genehmigungsverfahren Veranstaltungen bis zu einer Größenordnung von 500 Personen grundsätzlich ermöglichen könne, wenn der Zugang zum Gelände auf die mögliche Breite von etwa sieben Metern aufgeweitet würde. Ferner benötige man unter anderem noch ein entsprechendes Lärmgutachten. Es habe Beschwerden wegen Lärmbelästigung gegeben, die man gemeinsam mit dem Amt für Umweltschutz unabhängig von dem Lärmgutachten überprüfen werde.

RM von Bülow macht darauf aufmerksam, dass es sich nicht um das einzige Projekt dieser Art handle, wo es aus unterschiedlichen Gründen Probleme gebe. Sie regt deshalb an, innerhalb der Stadtverwaltung ein entsprechendes Frühwarnsystem in Form einer Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Problematik befasse. Hierzu gehören ihres Erachtens auch eine frühzeitige Beratung und die Erkennung entsprechender Spielräume.

Der Leiter des Bauaufsichtsamtes Fritz erklärt, dass er mit allen beteiligten Dienststellen in Kontakt sei und es eine Art Frühwarnsystem bereits gebe. Für baurechtlich zu behandelnde Veranstaltungen sei das Bauaufsichtsamt die zentrale Anlaufstelle. Er betont, dass es viele Veranstaltungsmöglichkeiten in Köln gebe, die mit gegenseitiger Abstimmung zu Stande gekommen seien.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern unterstreicht die gute Zusammenarbeit der beteiligten Ämter in diesen Angelegenheiten und hebt hervor, dass das Bauaufsichtsamt oftmals vor der Eskalation einer Situation eine Lösung aufgezeigt habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht, dass dem Ausschuss Kunst und Kultur sehr daran gelegen sei, diese Art von Spielräumen zu erhalten, damit sich das kulturelle Leben in Köln weiterentwickeln könne. Natürlich sei in diesem Zusammenhang die Sicherheit ein ganz großes Stichwort. Sie erwartet, dass es in dem vorliegenden Fall eine machbare Lösung für alle Beteiligten gebe.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

5.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Verhandlungen zu einer Kooperation beim Betrieb der Archäologischen Zone" AN/0973/2012

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass die Mitteilung unter dem Tagesordnungspunkt 11.4 die Beantwortung der Anfrage beinhalte. Deshalb habe er vor Eintritt in die Tagesordnung vorgeschlagen, die beiden Punkte gemeinsam zu behandeln.

RM Zimmermann vermisst in der Mitteilung die Darstellung der Kostenentwicklung und möchte insbesondere wissen, wie die Differenz zwischen der Betriebskostenschätzung der Stadt Köln und der des LVR zu sehen sei, welche voneinander abweichen.

Frau Brunn merkt an, dass dies auch den Stand der Baukosten betreffe. Sie zeigt sich erstaunt, dass der Lenkungskeis bisher scheinbar noch nicht getagt habe. Sie fragt, wie man verhindern wolle, dass nur durch die Reihenfolge der Arbeitsschritte erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt Köln zukommen. Außerdem vermisse sie im Wissenschaftlichen Beirat das Römisch-Germanische Museum, obwohl dies dort vertreten gewesen sei.

RM Dr. Elster regt an, dass man dem Ausschuss eine detaillierte Darstellung der Betriebskosten aus Sicht der Stadt Köln vorlege. Er führt aus, dass das Gebäude schlüsselfertig und kostenfrei dem Museum durch die Stadt Köln zur Verfügung gestellt werde und fragt, ob hierbei die üblichen Abschreibungskosten für das Gebäude von etwa fünf Prozent nicht berücksichtigt worden seien.

RM von Bülow interessiert es, ob die weiteren Grabungen mit dem LVR abgestimmt worden seien und ob es eine Grabungsbegrenzung gebe. Sie bittet darum, den Ausschuss über den jeweiligen Planungsstand und den Verhandlungsstand zu unterrichten.

RM Möller möchte wissen, ob das Ergebnis der ersten Sitzung zu einem alternativen Tragwerkskonzept vom 13.6.2012 dem Ausschuss mitgeteilt werden könne. Außerdem erkundigt sie sich nach den Grabungsergebnissen und ob diese publiziert werden.

RM Zimmermann teilt mit, dass bei jeder Sitzung des LVR ein aktueller Sachstandsbericht vorgelegt werde. Er fragt zudem, warum die Archäologische Zone mit dem Jüdisches Museum nicht ständiger Bestandteil der Tagesordnung des Unterausschusses Kulturbauten sei.

Beigeordneter Prof. Quander entgegnet, dass das Thema künftig regelmäßig auf der Tagesordnung des Unterausschusses Kulturbauten auftauchen werde. Er erläutert,

dass eine ganze Reihe von Punkten bereits abgearbeitet und erledigt worden seien. Hierzu gehöre die Klärung der Rahmenbedingungen. Eigentlich wollte man nach der Ermittlung der Grundlagen durch die Arbeitsgruppe den Gremien zwei parallele Beschlussvorlagen vorlegen, um eine solide Basis für die weiteren Verhandlungen zu schaffen, was er nach wie vor für unerlässlich halte.

Bezüglich des Lenkungskreises macht er darauf aufmerksam, dass dieser bereits getagt habe. In diesem Zusammenhang hebt er hervor, dass der gemeinsame Entwurf des Architekten und des beauftragten Statikers zu der Einschätzung geführt habe, dass dieser nicht denkmalverträglich sei. Dies sei bereits eine Weile bekannt, ändere jedoch nichts daran, dass die Planung nicht in befriedigender Weise geändert worden sei. Deshalb habe man ein alternatives Unternehmen beauftragt eine Studie anzufertigen, die andere Lösungswege aufzeige. Daraufhin habe man mit dem Architekten, den beiden Statikbüros, der Bezirksregierung und dem LVR darüber diskutiert und dabei verabredet, dass der verantwortliche Architekt mit beiden Statikbüros einen Lösungsweg finden müsse. Danach werde der Lenkungskreis erneut einberufen.

Zu der Mitgliedschaft des Römisch-Germanischen Museums im Wissenschaftlichen Beirat erläutert er, dass der Sitz nach dem Ausscheiden des ehemaligen Museumsdirektors Prof. Hellenkemper vakant gehalten worden sei. Nachdem zwischenzeitlich der LVR hinzugekommen sei, habe man ihm die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat angeboten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt sich über diese Vorgehensweise erstaunt und betont, dass sie die Mitgliedschaft der zuständigen Kölner Denkmalbehörde im Wissenschaftlichen Beirat für erforderlich halte. Sie spricht sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur dafür aus, hier eine andere Lösung herbeizuführen.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Satzung des Wissenschaftlichen Beirates keine festen Sitze festgeschrieben habe, sondern lediglich deren Anzahl. Außerdem sei die zuständige Denkmalbehörde für die Archäologische Zone die wissenschaftliche Projektleitung und nicht das Römisch-Germanische Museum. Er räumt ein, dass es grundsätzlich sachlich richtig sei, wenn das Römisch-Germanischen Museum im Wissenschaftlichen Beirat vertreten wäre.

Abschließend führt er aus, dass künftig regelmäßig ein Bericht über den Verhandlungsstand vorgelegt werde und demnächst eine neue Publikation zu den Grabungen erscheine, die dem Ausschuss ebenfalls zur Verfügung gestellt werde.

RM Welcker fragt nach der Sitzverteilung im Wissenschaftlichen Beirat.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass das Verhältnis weiterhin sechs zu sechs sei. Man habe allerdings Herr Prof. Heil von der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg einen städtischen Platz zur Verfügung gestellt.

Frau Brunn fragt nach den finanziellen Konsequenzen des vorhin genannten Denkmalproblems.

Der Leiter des Planungsreferates Stumm erläutert bezüglich der Baukosten, dass keine Baukostensteigerung zu erwarten sei, welche die Höhe von 51,7 Mio. EUR überschreite. Zu der Frage der Folgekosten erklärt er, dass es sich bei der in der Mitteilung genannten Summe von 6,3 Mio. EUR um das Ergebnis der Arbeitsgruppe handle. Man habe zwei Positionen in der Berechnung und hierbei sei bei einer Position eindeutig zu identifizieren, warum eine Abweichung zu dem im vergangenen Jahr beschlossenen städtischen Eigenanteil von 4,1 Mio. EUR vorhanden sei. In der entsprechenden Beschlussvorlage habe man unter anderem Abschreibungen auf das Gebäude von jährlich 847.000 EUR ausgewiesen. Der LVR habe aufgrund einer Mietkalkulation der Kämmerei, stattdessen eine jährliche Miete von 2,1 Mio. EUR ausgewie-

sen. Hier sei unterm Strich bereits eine erhebliche Kostensteigerung erkennbar, die sich jedoch aus der Natur der Sache ergebe.

Er weist darauf hin, dass es bei der Bruttogrundfläche des Projektes inzwischen eine Differenz von 10.000 bis 13.000 qm gebe. Die Architekten seien jedoch aufgerufen zu prüfen, welche Summe die Richtige sei. Bisher habe man mit der Angabe von 10.000 qm operiert. Sollte die Fläche tatsächlich größer sein, lande man mit den Betriebskosten auf der Grundlage dessen, was mit dem LVR verabredet worden sei, nämlich bei 4,3 Mio. EUR jährlich. Die Differenz entstehe, weil man die zu erwartenden Einnahmen des Shops um 200.000 EUR gesenkt habe. Abschließend sagt er zu, dem Ausschuss eine schriftliche differenzierte Auflistung der Betriebskosten vorzulegen.

Beigeordneter Prof. Quander weist bezüglich der Frage von RM von Bülow darauf hin, dass die Grabungen bereits durch das Plangebiet der Ausschreibung des Architektenwettbewerbes begrenzt seien und nicht darüber hinaus gehen werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt abschließend hervor, dass der Ausschuss Kunst und Kultur die Beteiligung des Römisch-Germanischen Museums im Wissenschaftlichen Beirat für wichtig halte und hierfür unbedingt eine Lösung herbeizuführen sei. Außerdem sollte eine regelmäßige schriftliche Berichterstattung sowohl zu den Bau- und Kostenentwicklungen, als auch zu den Verhandlungen mit dem LVR erfolgen.

Der 2. stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster übernimmt den Vorsitz.

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 11.4 behandelt.

5.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek" AN/0978/2012

Beigeordneter Prof. Quander beantwortet die Anfrage mündlich.

1. Mit welchen Behörden, Körperschaften oder sonstigen potenziellen Kostenträgern wurde bislang verhandelt?

Im September 2010 seien Gespräche mit der Universität zu Köln aufgenommen worden, die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln in Kooperation mit der Universität zu Köln zu führen.

Ziel dieser Kooperation seien die kunstbezogenen Bibliotheksbestände der Universität mit den Beständen der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek in einer neuen Zentralbibliothek für Kunst- und Kunstgeschichte zu vereinen. Diese neue Einrichtung soll dann im Neubau des Historischen Archivs untergebracht werden, in welchem die Unterbringung der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek bereits vorgesehen sei.

Die Verhandlungen mit der Universität konnten bislang noch nicht zu einem belastbaren Abschluss gebracht werden, da die Grundlagen der Kooperation noch nicht zur Gänze konkretisiert werden konnten. So wurde der genauere Umfang der infrage kommenden Bestände der Universität gerade erst benannt. Auch sei noch nicht geklärt, in welchem Finanzrahmen sich die Universität an dieser neuen Zentralbibliothek beteiligen könne. Tendenziell gehen die Verhandlungen in die Richtung, die Einrichtung in Trägerschaft der Universität zu Köln zu betreiben, wobei das städtische Personal dem Weisungsrecht der Universität unterstellt würde, jedoch vertragsrechtlich bei der Stadt verbliebe. Die Bestände der KMB verbleiben im Eigentum der Stadt und würden der Universität als Dauerleihgabe überlassen.

2. Wie soll die Finanzierung künftig gesichert werden - sowohl städtisch als auch nicht-städtisch?

Da die finanzielle Beteiligung der Universität noch nicht feststehe, könne derzeit noch keine Aussage zur künftigen Finanzierung getroffen werden. Es sei davon auszugehen, dass die Verhandlungen noch in 2012 zum Ergebnis gebracht und man den politischen Gremien eine entsprechende Beschlussvorlage unterbreiten werde.

Eine finanzielle Beteiligung des Landes wäre für die Kölner Einrichtung wünschenswert. Die bisherigen Vorträge in diese Richtung blieben aber fruchtlos. Mit der Universität werde jedoch noch erörtert, inwieweit eine konzertierte Aktion beider Träger nach Vorlage einer belastbaren Konzeption Gegenstand eines neuen Vorstoßes an das Land werden könne.

Bei den in der Anfrage benannten Einrichtungen, die Landes- bzw. Bundesgelder erhalten, handele es sich um die Kunstbibliothek der staatlichen Museen Berlin (Träger Stiftung Preußischer Kulturbesitz) und um die Bibliothek und Photothek des Zentralinstituts für Kunstgeschichte in München (Träger Freistaat Bayern).

3. Welche Nutzerstruktur hat die KMB?

Wir bitten, eine entsprechende Statistik beizufügen.

Die Statistik für die vorangegangenen beiden Jahre stellt sich wie folgt dar:

Statistik 2010	Nutzungszahlen	studentische Nutzungen
Lesesaal im ML	7670	
Lesesaal im MAKK	2448	
Gesamt 2010	10118	rd. 46 %

Statistik 2011		
Lesesaal im ML	7329	
Lesesaal im MAKK	2451	
Gesamt 2011	9780	rd. 42 %

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**5.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kulturwirtschaftsbericht für Köln"
AN/0981/2012**

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass zur nächsten Sitzung eine schriftliche Beantwortung vorgelegt werde.

**5.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Denkmal zur Erinnerung an den Einsturz des Historisches Archivs"
AN/0753/2012**

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass zur nächsten Sitzung eine schriftliche Beantwortung vorgelegt werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

6 Schriftliche Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Natursteinrestaurierung des Bismarckturms, Bayenthalgürtel o.Nr., Köln-Marienburg 1025/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister interessiert es, wie grundsätzlich Denkmalprobleme abgearbeitet werden und ob es eine entsprechende Prioritätenliste gebe.

Herr Sörries fragt, wie lange ein versteckter Mangel nach VOB noch regressfähig sei.

RM Welcker schließt sich der Fragestellung an und ergänzt, dass das Ergebnis der vor etwa 12 Jahren vorgenommenen Sanierungsarbeit aus Sicht der Stadt Köln unerfreulich sei.

Herr Krapp vom Amt für Denkmalpflege führt aus, dass es prinzipiell eine Prioritätenliste gebe, die zweimal im Jahr mit der Gebäudewirtschaft abgeglichen werde. Hierbei lege man gegebenenfalls neue Prioritäten fest.

Bezüglich der damaligen Sanierungsarbeit des Bismarckturms erklärt er, dass hierfür eine Fachfirma beauftragt worden sei. Er geht davon aus, dass nach zwölf Jahren kein Verarbeitungsfehler nachzuweisen sei, zudem das richtige Arbeitsmaterial zum Verfugen benutzt wurde. Er sagt zu, bei der Gebäudewirtschaft nachzufragen, ob in diesem Fall ein versteckter Mangel vorliege bzw. zu erkennen sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es für sinnvoll, dem Ausschuss die eben genannte Prioritätenliste als Information zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 – die Durchführung der Maßnahme Natursteinrestaurierung des Bismarckturms und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zur Realisierung des Projektes einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 Natursteinrestaurierung der mittelalterlichen Stadtmauer, Gereonswall 110, Köln-Neustadt/Nord 1028/2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 - die Durchführung der Maßnahme Natursteinrestaurierung der mittelalterlichen Stadtmauer am Gereonswall 110, Köln- Neustadt/Nord und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zur Realisierung des Projektes einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.3 Roncalliplatz

hier: Antrag des Künstlers Luzius Ziermann, Mierendorffstr. 3, 60320 Frankfurt/Main auf Durchführung eine Kunstinstallation vom 15.08.2012 - 22.08.2012 (incl. Auf- und Abbauezeiten vom 13.08.2012 - 23.08.2012) auf dem Roncalliplatz 1196/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erklärt, dass der AVR die Angelegenheit ohne Votum in den Ausschuss Kunst und Kultur verwiesen habe.

RM Dr. Elster teilt mit, dass die Bezirksvertretung Innenstadt sich einstimmig für die Vorlage ausgesprochen habe. So habe er jedenfalls die Erklärung des Stadtdirektors in der gestrigen Sitzung verstanden. Angesichts des Votums des Kunstbeirates und der Verweisung aus dem AVR müsse nun der Ausschuss Kunst und Kultur einen Beschluss fassen. Er spricht sich dafür aus, der Empfehlung des Kunstbeirates zu folgen und fügt hinzu, dass es nach seiner Auffassung andere Möglichkeiten und Orte gebe, um das Kunstwerk zu präsentieren.

Beigeordneter Prof. Quander stellt klar, dass die Bezirksvertretung Innenstadt noch keinen Beschluss gefasst habe, sondern lediglich von den Vorsitzenden der Fraktionen signalisiert worden sei, in der Sache positiv zu votieren.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister kritisiert, dass dies auf dem Deckblatt der Vorlage nicht zu entnehmen sei. Sie hält eine genauere Darstellung der Sachlage für wünschenswert.

RM von Bülow macht darauf aufmerksam, dass die Bezirksvertretung Innenstadt die Vorlage ohne Votum weitergeleitet habe. So verstehe sie jedenfalls das entsprechende Beschlussprotokoll. Die Beschlussvorlage sei wegen der Platzvergabe dem AVR zum Beschluss vorgelegt worden, der die Angelegenheit wiederum in den Ausschuss Kunst und Kultur verwiesen habe. Im Übrigen schließe sie sich dem Vorschlag von RM Dr. Elster an, für die Kunstinstallation einen anderen Standort zu suchen. Sie plädiert dafür, der Beschlussvorlage in dieser Form nicht zuzustimmen und dem Votum des Kunstbeirates zu folgen.

Herr Deutsch berichtet, dass es in der Bezirksvertretung Innenstadt die Absicht gegeben habe, zunächst das Votum des Kunstbeirates einzuholen und erst danach über den Vorgang abzustimmen. Deshalb sei dieser Tagesordnungspunkt auch Bestandteil der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung, da es im ersten Durchgang vertagt worden sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister wirft ein, dass dies aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung Innenstadt nicht ersichtlich sei. Sie führt weiter aus, dass aus ihrer Sicht die Argumente des Kunstbeirates überzeugend seien und es sich um keine ortsbezogene Kunstinstallation handele. Daher schlägt sie vor, einen Beschluss zu fassen und außerdem der Bezirksvertretung Innenstadt zu empfehlen sich dem Votum anzuschließen, dass der Roncalliplatz aus stadträumlichen Gründen als nicht geeignet erachtet werde. Möglicherweise könne man die Kunstinstallation an einem anderen Ort durchführen. Dies sei gegebenenfalls zu prüfen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Künstler Luzius Ziermann, Mierendorffstr. 3, 60320 Frankfurt/Main den Roncalliplatz zur Durchführung der Kunstinstallation „Signatur des Lichts“ vom 15.08.2012 – 22.08.2012 (inklusive Auf- und Abbauzeiten vom 13.08.2012 – 23.08.2012) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Hinweis:

Der Ausschuss Kunst und Kultur folgt damit der Empfehlung des Kunstbeirates.

**7.4 Co-Finanzierung des Forschungsprojektes "Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln"
1724/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf zur Beteiligung an dem Forschungsprojekt „Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln“ als Partner im Rahmen einer Co-Finanzierung i.H.v. 1.760.605,- € bzw. rund 40% der Gesamtkosten von kalkulierten 4.414.900,- € an.

Auf Erteilung des Vergabevorbehalts wird verzichtet.

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Bedarf unter AZ 142/22/20/12 bereits anerkannt (s. Anlage 4).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.5 Rehabilitation der Katharina Henot und anderer Opfer von Hexenprozessen in Köln
1997/2012**

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass der AVR in seiner gestrigen Sitzung einen leicht geänderten Beschluss gefasst habe. Es hieße demnach im letzten Absatz des Beschlusstextes: *Der Rat nimmt die Anregung der Petenten zum Anlass, sich ausdrücklich gegen jegliche Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte, ganz unabhängig von Ideologie oder Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Nationalität auszusprechen und bittet das Erzbistum Köln, dies ebenfalls zu tun.*

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur folgt dem geänderten Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln folgt dem Votum des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden und bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe und ihr Engagement für eine Rehabilitation der Opfer der Hexenprozesse.

Durch die von der Stadt Köln umgesetzten Maßnahmen zur Ehrung und zum Andenken an Katharina Henoth hat der Rat der Stadt Köln das ihm Mögliche getan, um eine moralische und sozialetische Rehabilitation auszudrücken. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt erneut diese Rehabilitierung und verurteilt die seinerzeit vollstreckten Hinrichtungen. Der Rat nimmt die Anregung der Petenten zum Anlass, sich ausdrücklich gegen jegliche Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte, ganz unabhängig von Ideologie oder Religion, Hautfarbe, **sexueller Orientierung** oder Nationalität auszusprechen **und bittet das Erzbistum Köln, dies ebenfalls zu tun.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

7.6 KölnMusik GmbH

**hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff, Durchführung des Festivals "AchtBrücken für Köln" in den Jahren 2013 - 2015
1989/2012**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht die Zuständigkeit des Ausschusses Kunst und Kultur in der Angelegenheit und nur aus terminlichen Gründen habe der Finanzausschuss das Thema vorher beraten. Im Übrigen sei die Beschlussvorlage in die Hpl.-Beratungen geschoben worden, weil es um die Finanzierung des Musikfestivals für die Jahre 2013 ff gehe. Sie macht deutlich, dass die Philharmonie als Flaggschiff der Musikstadt Köln vernünftig ausgestattet sein müsse. Außerdem sei es wichtig, dass das Festival weiterhin stattfinden könne und dies mit dem entsprechenden Beschluss geklärt werde.

Herr Knieps hält es für irrelevant, ob die Vorlage in den Finanzausschuss oder in die Hpl-Beratung geschoben werde. Es sei vielmehr wichtig, dass der Ausschuss Kunst und Kultur hierzu ein Votum abgebe, da es sich um ein kulturpolitisches Anliegen handele. Das zuständige Gremium könne immer noch anders entscheiden. Dies gelte im Übrigen auch für alle anderen kulturpolitischen Fragen.

RM von Bülow hebt positiv hervor, dass das Festival nach diesem Beschluss nachhaltig gesichert werde. Sie erhofft sich eine weitere positive Wirkung auf Köln und dass die Kooperation mit der freien Szene fortbestehe. Sie unterstreicht, dass der Ausschuss Kunst und Kultur durch diese mittelfristige Planung ein Zeichen setze und sich für nachhaltige Kultur, auch in verschiedenen Sparten, einsetze.

Herr Deutsch fragt, was der Mittelansatz konzeptionell für das Festival „AchtBrücken für Köln“ bedeute. Schließlich sei ein erheblicher Anteil reduziert worden.

Frau Brunn betont, dass sich sowohl der Ausschuss Kunst und Kultur als auch der Finanzausschuss positiv für das Festival ausgesprochen habe. Sie stellt fest, dass die in der Vorlage erwähnten Tarifierhöhungen nur teilweise weitergegeben worden seien. Dies bedeute, dass sich durch die beschlossenen Tarifierhöhungen ein Umsetzungsproblem ergebe und fragt in diesem Zusammenhang nach den Konsequenzen.

Der Leiter der Philharmonie Langevoort berichtet, dass es schwierig sei, die beschlossene Tarifsteigerung in Höhe von zwei Prozent entsprechend auszugleichen. Da die KölnMusik GmbH ein gewinnorientierter Betrieb sei, werde man dies über Servicegebühren entsprechend angleichen. Zu der Frage von Herrn Deutsch erklärt er, dass er das Festival im Hinblick auf 2015 anders organisieren müsse und neben den städtischen Mitteln die Möglichkeit sehe, vom Land, durch Stiftungen und von anderen Betrieben Gelder zu erhalten, um die gekürzten Mittel der Stadt Köln in Höhe von 200.000 EUR zu kompensieren.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht deutlich, dass die mittelfristige Finanzierung des Festivals für dessen Planung wichtig sei. Sie wünscht dem Leiter der Philharmonie viel Erfolg und hebt dabei die hohe Qualität des Festivals „AchtBrücken für Köln“ hervor.

RM Dr. Elster bedauert, dass ein positives Signal für das Festival mit einer Kürzung von dreißig Prozent bedacht werde. Dies erinnere ihn an die Sparte Tanz, der man später hundert Prozent gestrichen habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht auf die allgemeine schwierige Finanzsituation aufmerksam und unterstreicht, dass man sich klar zu dem Festival bekenne und bis zum Jahre 2015 den Betriebskostenzuschuss sicherstelle. Sie wertet dies als positives Signal für die Musikstadt Köln.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt;

1. Die an die KölnMusik GmbH zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse werden wie folgt festgesetzt:

2013 = **4.785.800 €**

2014 = **4.881.500 €**

2015 = **4.979.100 €**

Sollten die für die einzelnen Jahre von der KölnMusik GmbH aufzustellenden Wirtschaftspläne geringere Betriebskostenzuschüsse ausweisen, reduzieren sich die vorstehenden Beträge entsprechend, die im Übrigen Höchstbeträge darstellen. Auf der Grundlage der jeweiligen Jahresabschlüsse der Kölnmusik GmbH erfolgt eine Spitzabrechnung. Überschüsse sind an die Stadt abzuführen, Fehlbeträge müssen vom Unternehmen nachgespart werden.

Alternative:

Der Rat beschließt:

Der an die KölnMusik GmbH für die Jahre 2013 – 2015 zu zahlende Betriebskostenzuschuss wird auf **4.692.000 €** festgesetzt.

Absatz 2. des Hauptvorschlags (Sollten die für...) bleibt unverändert.

2. Zur Durchführung des jährlichen Musikfestivals „**AchtBrücken Musik für Köln**“ die Musiktriennale Köln GmbH Zuschüsse in Höhe von:

2013	= 628.800 €
2014	= 500.000 €
2015	= 500.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Sonderausstellungen

8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellung der Museen - Fortschreibung 1169/2012

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der Beschlussbegründung aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9 Annahme von Schenkungen

9.1 Annahme der Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch von Charles de Gaulle 05.September 1962 2248/2012

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle am 05.September 1962 durch Herrn Konrad Adenauer an die Stadt Köln mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**10.1 Sanierung RLT-Anlagen im Museum für ostasiatische Kunst
0459/2012**

Auf Anfrage von RM von Bülow erklärt Beigeordneter Prof. Quander, dass das Regalsystem für die graphische Sammlung im Kölnischen Stadtmuseum absehbar nicht notwendig sei, weil das Museum im Rahmen der Generalsanierung inzwischen anders gestaltet werde. Von daher sei die Umveranschlagung der Mittel in Höhe von 70.000 EUR möglich.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt gem. § 60 Abs. 2 GO die Mittelverwendung für die Erneuerung der Klimaanlage und des Rückkühlwerks (RLT-Anlagen) und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme. Der Ausschuss verzichtet dabei auf einen Vergabevorbehalt. Die Kosten der Maßnahme wurden gemäß der Kostenberechnung des Ingenieurbüros Heiming mit 755.797,10 € veranschlagt. Zwischenzeitlich liegen die Ergebnisse der Ausschreibung vor, die sich auf 830.000 € belaufen. Hinzu kommen die Honorare des Ingenieurbüros mit ca. 150.000 Euro. Die Gesamtkosten der Maßnahme werden also 980.000 Euro betragen.

Die Mittel für eine Sanierung der RLT-Anlage in Höhe von 910.000 € stehen bei Fst. 4515-0406-0-0020, FiPo 4515.578.5100.8 zur Verfügung.

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt weiterhin zur Finanzierung des Differenzbetrages von 70.000 € eine Umveranschlagung von der Fst. 4518-0408-0-0020, FiPo 4518.578.3100.7 Regalsystem graphische Sammlung im kölnischen Stadtmuseum.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt.

**10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Beschaffung einer ACTApro Site-Lizenz (Unternehmenslizenz) für das Historische Archiv
1420/2012**

Beschluss:

Gemäß § 60 (2) Satz 1 GO NW erkennt der Ausschuss Kunst und Kultur den Bedarf des Historischen Archivs für eine ACTApro Site-Lizenz (Unternehmenslizenz) in Höhe von 66.385,- € netto (investiv) und 20.250,- € netto (konsumtiv) in 2012 sowie für die jährlichen Folgekosten von rd. 20.250,- € netto (konsumtiv) zzgl. Abschreibungen an. Auf die Erteilung des Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt.

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 4/2012 1446/2012

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Diskussionen über die Errichtung eines DFB Campus in Köln 2202/2012

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.3 Ergebnisprotokoll der 8. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014 vom 24.5.2012 2209/2012

Herr Dr. Heinemann befürwortet das Votum des Kunstbeirates bezüglich der Umsetzung der Skulpturen Wallraf und Richartz vom Museum für Angewandte Kunst zum Wallraf-Richartz-Museum

Der Leiter des Planungsreferates Stumm erläutert die Haltung des Kunstbeirates und fügt hinzu, dass man sich auf eine gemeinsame Sitzung mit dem Gestaltungsbeirat geeinigt habe, um das Thema städtebaulich zu diskutieren.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass dies im Unterausschuss Kulturbauten thematisiert werden müsse, wenn zusätzliche Kosten hierfür entstehen.

Der Leiter des Planungsreferates Stumm bestätigt dies, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass die Planungskosten in den Projekt-Gesamtkosten enthalten seien. Darüber hinausgehende Kosten trägt das Wallraf-Richartz-Museum.

Frau Brunn weist darauf hin, dass über die Versetzung der Skulpturen noch nicht entschieden sei.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.4 Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln - Berichterstattung über die Verhandlung mit dem LVR 2272/2012

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 5.2 behandelt.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.5 Akademie der Künste der Welt hier: Sachstandsbericht 2279/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt die Gründung der Akademie der Künste der Welt noch einmal lobend hervor und erwartet eine weitere positive Entwicklung

RM von Bülow zeigt sich erstaunt, dass der Ausschuss bisher keine Kenntnis über die Mitglieder der Akademie der Künste habe, obwohl man diese am 21. Juni 2012 vorstellen wolle. Sie hätte es begrüßt, wenn dies in der heutigen Sitzung im nichtöffentlichen Teil erfolgt wäre. Schließlich habe der Ausschuss die Gründung der Akademie bis hier her begleitet.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass die Mitglieder am 21. Juni 2012 vom Oberbürgermeister in einer Pressekonferenz vorgestellt werden. Er zeigt Verständnis für die Anmerkungen von RM von Bülow und bedauert, dass es aus organisatorischen Gründen nicht gelungen sei, die Pressekonferenz am heutigen Tage stattfinden zu lassen. Er schlägt vor, dem Ausschuss Kunst und Kultur die entsprechenden Unterlagen, am Tage der öffentlichen Vorstellung der Mitglieder der Akademie, digital zur Verfügung zu stellen. Er bietet außerdem an, dass die künftige Generalsekretärin im nächsten Ausschuss über die weitere Entwicklung berichtet.

RM Zimmermann möchte wissen, warum als Veranstaltungsort das Kolumba-Museum ausgewählt worden sei und kein städtisches Museum.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes pflichtet der Kritik von RM von Bülow bei und fragt, warum der Ausschuss Kunst und Kultur die Namen der Mitglieder nicht im nichtöffentlichen Teil erfahren könne.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern teilt mit, dass er sich an die festgelegte Sperrfrist halten wolle. Bezüglich des Veranstaltungsortes weist er darauf hin, dass Herr Tsangaris diese Reihe gemeinsam mit dem Kolumba-Museum konzipiert habe und deshalb diesen Ort vorgeschlagen habe.

Herr Deutsch weist auf die Möglichkeit hin, die Fraktionsvorsitzenden vorab zu informieren, die dann die kulturpolitischen Sprecher in Kenntnis setzen.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes moniert erneut die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, künftig den Ausschuss entsprechend zeitnah zu informieren und bedauert, dass man erst im Nachgang in Kenntnis gesetzt werde.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.6 Sanierung des Uferbereiches am Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz hier: Sachstandsbericht 2047/2012

RM Möller stellt dar, dass aufgrund eines Gutachtens Gespräche stattfanden, an denen auch die Gebäudewirtschaft beteiligt gewesen sei. Hierbei sei gesagt worden, dass es keine Grundlage dafür gebe, warum das vorhandene Mauernfundament nicht genutzt werden könne.

Herr Krapp erklärt, dass es sich hierbei um eine Frage des Bestandschutzes handele. Er habe aktuell erfahren, dass die Zuständigkeit für die Genehmigung nun bei Amt für Brücken- und Stadtbahnbau liege. Es sei seines Erachtens wichtig, zu einer pragmatischen Lösung zu gelangen, damit keine Kosten für neue Fundamente entstehen

RM Möller bittet darum, den Ausschuss Kunst und Kultur dementsprechend auf dem Laufenden zu halten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.7 Denkmal Ma'alot 1943/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister wundert sich, dass der Ausschuss Kunst und Kultur in der Rahmenplanung nicht vorkomme, obwohl das Denkmal Ma'alot eindeutig in den Zuständigkeitsbereich dieses Gremiums gehöre.

Herr Dr. Heinemann zeigt sich erfreut, dass es in der Sache voran geht. Er hofft, dass der vorgesehene Terminplan eingehalten werde und bittet darum, den Ausschuss Kunst und Kultur regelmäßig zu informieren.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.8 Neues Logo für das Römisch-Germanische Museum 2258/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister informiert, dass der neue Direktor des Römisch-Germanischen Museums, Herr Dr. Trier, sich und sein Konzept in der nächsten Sitzung vorstellen werde.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.9 Archäologische Zone/Jüdisches Museum - Sachstandsbericht Grabungsablauf 2341/2012

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Personalfragen

Herr Dr. Wackerhagen kritisiert, dass der Ausschuss nicht oder mit Verspätung über gewisse Personalfragen informiert werde. Er nennt in diesem Zusammenhang die aktuelle Neubesetzung der Direktorenstelle im Römisch-Germanischen Museum und vermisst eine entsprechende Mitteilung zur heutigen Sitzung. Er fragt daher, wie die Verwaltung künftig den Ausschuss über wichtige Personalfragen informieren wolle.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass der Ausschuss stets zeitnah über wichtige Personalentscheidungen informiert worden sei und dies auch künftig der Fall sein werde. Im Übrigen sei der Hauptausschuss das zuständige Gremium für Personalien. Im Falle der Neubesetzung der Direktorenstelle im Römisch-Germanischen Museum sei er jedoch davon ausgegangen, dass Herr Dr. Trier dem Ausschuss bekannt sei. Deshalb habe er von einer Vorstellung und einer schriftlichen Mitteilung abgesehen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erwartet, dass man in Personalfragen formal die Wege einhalte und den Ausschuss Kunst und Kultur formal informiere.

Herr Dr. Wackerhagen erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur Neubesetzung der Intendantenstelle des Händeschen-Theaters.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass dies am 23. Juli 2012 im Hauptausschuss entschieden werde.

12.2 Zeitablauf Neubau Historisches Archiv

Herr Dr. Soénus verweist auf die Aussage des Baudezernenten im Stadtentwicklungsausschuss vom 26. April 2012, wonach der geplante Neubau des Historischen Archivs zwar Ende 2017 an den Nutzer übergeben werde, aber im Zeitplan nicht die notwendige zweijährige Trocknungszeit einberechnet worden sei. Er fügt hinzu, dass demnach eine Nutzung durch das Historische Archiv erst 2019/2020 möglich sei und nicht, wie seitens der Gebäudewirtschaft kolportiert wurde, bereits im Jahr 2017. Deshalb möchte er wissen, welche Auswirkungen dies auf die bestehenden Mietverhältnisse des Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum in Porz und Lesesaal/Büros am Heumarkt habe. Zudem fragt er, ob die Inbetriebnahme in ca. acht Jahren inhaltliche Folgen auf Konservierung, Restaurierung, Überlieferungsbildung und Konzeption des Historischen Archivs habe und welche zusätzlichen Kosten dadurch entstehen. Er macht darauf aufmerksam, dass auf dem Gelände ein Vagabund lebe, der seinerseits angekündigt habe das Gelände am 1. Mai 2012 zu verlassen. Er fragt, ob dies geschehen sei.

Abschließend bittet er ausdrücklich darum, dass die Beantwortung seiner Anfrage zunächst im Ausschuss Kunst und Kultur erfolgt und nicht im Unterausschuss Kulturbauten, an dem er nicht teilnehme.

12.3 Stiftung Stadtgedächtnis

RM Zimmermann fragt nach der Spendenakquise der Stiftung Stadtgedächtnis.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass er hierzu erst etwas mitteilen könne, wenn die Kuratoriumssitzung im Herbst stattgefunden habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, den Ausschuss Kunst und Kultur unmittelbar danach über das Spendenaufkommen zu informieren.

12.4 Steinmadonna im Museum Schnütgen

Herr Deutsch weist darauf hin, dass nach der Veröffentlichung von mehreren Gutachten ein Symposium angekündigt worden sei und fragt, wann dies stattfindet. Außerdem erkundigt er sich nach dem allgemeinen Sachstand zu diesem Thema und hält es für wichtig, dass hier endlich Klarheit herrsche.

Beigeordneter Prof. Quander sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

12.5 Abriss Villa Lenders

Herr Heinemann möchte wissen ob es zutreffend sei, dass man die denkmalgeschützte Villa Lenders an der Bonner Straße / Schönhauser Straße abreißen wolle, um dort eine Rechtsabbiegespur zu bauen.

Herr Krapp bestätigt, dass sich die Villa Lenders auf der Denkmalliste befinde und seitens des Amtes für Straßen- und Brückenbau die Absicht bestehe die Villa abzureißen. Allerdings liege ihm bisher kein entsprechender Antrag vor. Im Übrigen müsse beurteilt werden, ob ein überwiegendes öffentliches Interesse daran bestehe, die Villa abzureißen.

Herr Heinemann würde es begrüßen, wenn der Denkmalschutz sich für den Erhalt des Gebäudes einsetze. Außerdem sei seines Erachtens die technische Notwendigkeit der Rechtsabbiegespur zu prüfen. Zudem teilt er mit, dass der jetzige Mieter bereit sei, die Villa mit Eigenmitteln zu sanieren.

Herr Dr. Wackerhagen spricht sich ebenfalls für den Erhalt des Gebäudes aus und hält eine Rechtsabbiegespur an dieser Stelle für unnötig.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister wirft ein, dass man diesbezüglich genauere Informationen benötige. Überdies sei in der Angelegenheit teilweise der Verkehrsausschuss zuständig.

RM Waddey macht als Vorsitzender des Verkehrsausschusses deutlich, dass ihm bisher keine Pläne hierzu vorliegen. Es sei jedoch angekündigt worden, dass Ende des Jahres eine Planfeststellung durchgeführt werden soll, die man dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung vorstellen wolle. Er bedankt sich für den Hinweis aus Sicht des Denkmalschutzes und sagt zu, bei der Beratung darauf zu achten.

Herr Dr. Soénus schlägt vor, die entsprechende Planung auch dem Ausschuss Kunst und Kultur vorzustellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Dr. Ralph Elster
(2. stellvertretender Vorsitzender)
TOP 5.3 bis 5.5